



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

## Protokoll Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Termin: 27. April 2017 | 13.00 – 16.30 Uhr  
Ort: Staatsministerium Baden-Württemberg, Clay-Haus  
Richard-Wagner- Straße 39, 70184 Stuttgart  
Teilnehmer: siehe Anlage

### **Protokoll**

#### Begrüßung durch Frau Staatsrätin Gisela Erler:

Frau Staatsrätin Erler begrüßt die Mitglieder des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung und heißt diese recht herzlich in den Räumlichkeiten des Clay Haus willkommen. Sie erläutert, dass die heutige Tagesordnung anhand der gesammelten Themenschwerpunkte der letzten Beiratssitzung entwickelt worden ist. Weitere Themen, die in der heutigen Sitzung nicht zum Tragen kommen können, sollen sukzessive in den nächsten Sitzungen des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung behandelt werden.

Des Weiteren stellt Frau Staatsrätin Erler in Kürze die aktuellen Themen der Stabstelle vor:

- Frau Erler gibt den Hinweis, dass das Kabinett am heutigen Tag den Pakt für Integration unterzeichnet hat, worüber sie sehr erfreut ist. Mit dem Pakt für Integration stellt das Land den Kommunen in diesem und im kommenden Jahr insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung: Mit 116 Millionen Euro werden rund 1.000 Integrationsmanager in Städten und Gemeinden finanziert, weitere 24 Millionen Euro fließen in Maßnahmen aus den Bereichen Schule und Übergang zum Beruf, Spracherwerb sowie bürgerschaftliches Engagement in der Kommune. Neben den Mitteln für diese konkreten Integrationsförderprogramme und -maßnahmen erhalten die Kommunen 180 Millionen Euro pauschal für den Bereich Integration.
- Des Weiteren hat das Land im Februar 2017 ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Luftqualität beschlossen. Die Maßnahmen basierten auf den Ergebnissen eines Gesamtwirkungsgutachtens, welches im Auftrag des Regierungspräsidiums Stuttgart zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung der Luftqualität untersucht hat. Die Ergebnisse zeigen, dass eine schnellstmögliche Einhaltung der Grenzwerte von Feinstaub PM10 und Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) bis zum Jahr 2020 in Stuttgart nur mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel zur Reduktion der Verkehrsmenge und zur Verringerung der Abgasemissionen erreicht werden kann. Der Plan soll in den nächsten sechs Wochen diskutiert und Ende August verabschiedet werden.

Das Konzept zur Luftreinhaltung für die Landeshauptstadt Stuttgart können Sie hier nachlesen:

[https://vm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mvi/intern/Dateien/PDF/PM\\_Anhang/150727\\_Konzept\\_Luftreinhaltung\\_f%C3%BCr\\_die\\_Landeshauptstadt\\_Stuttgart\\_final.pdf](https://vm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mvi/intern/Dateien/PDF/PM_Anhang/150727_Konzept_Luftreinhaltung_f%C3%BCr_die_Landeshauptstadt_Stuttgart_final.pdf)

- Des Weiteren bringt sich die Stabstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung vermittelnd in die Debatte um ein Ersatzgelände der Bundeswehr für den Flugplatz Renningen-Malmsheim ein. Zur Ansiedlung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums mit 1.700 Arbeitsplätzen hat die Robert Bosch GmbH Ende 2010 die für militärische Zwecke entbehrliche nördliche und südliche Fläche des Geländes der Bundeswehr in Renningen-Malmsheim mit zusammen rund 36 Hektar erworben. Die Mittelfläche (rund 56,2 Hektar) wird derzeit noch zu den oben genannten Zwecken militärisch genutzt. Damit sie entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen ebenfalls einer zivilen Nutzung zugeführt werden kann, muss für die Bundeswehr ein geeignetes Ersatzgelände mit den rechtlichen und tatsächlichen Nutzungsmöglichkeiten des bestehenden Fluglandeplatzes zur Verfügung stehen. Das Ersatzgelände soll in zumutbarer Entfernung zu dem am Standort Calw stationierten Hauptnutzer KSK liegen. Als Ersatz ist der Segelflugplatz Haiterbach-Nagold angedacht. Die Landesregierung nimmt bei diesem Projekt eine vermittelnde Rolle ein.

Einführung in die Beiratssitzung durch Dr. Miriam Freudenberger:

Frau Dr. Freudenberger begrüßt die Mitglieder des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung von Seiten der Allianz für Beteiligung und stellt in Kürze das Format der Beiratssitzung vor, in welcher 4 Themenschwerpunkte intensiviert behandelt und diskutiert werden sollen:

***Bürgerbeteiligung und Europa: Erfahrungen aus der Zivilgesellschaft.***

***Gesprächspartnerin: Annette Rueß, Pulse of Europe Stuttgart***

Frau Rueß von Pulse of Europe Stuttgart stellt dar, dass für die noch junge zivilgesellschaftliche Bewegung Pulse of Europe der Gründungsmoment Ende des vergangenen Jahres darin bestand, dass Populisten die Schlagzeilen europaweit beherrschten. Aus diesem Grund wuchs das Anliegen und der Wunsch, nicht nur Europa-Gegner, sondern auch Pro-Europäer sichtbar werden zu lassen. Aus dieser Idee heraus entstand eine Bewegung, die wöchentlich mit Events und Demonstrationen in deutschen Städten auf das Thema Europa aufmerksam macht und das Thema positiv bestärken möchte. Die Beteiligungsmomente bei diesen Veranstaltungen sind sehr niederschwellig gegeben: Über das Format des offenen Mikrofons wird der Dialog mit den MitbürgerInnen gesucht. Hierbei können sich Personen zu den Fragen: „wie sehen sie Europa?“ und „was bewegt sie?“ mitteilen. Zum anderen wird Feedback anhand von Postkartenabfragen eingeholt und die Antworten als Sprachrohr für Europa verlesen.

Auf die Frage nach den Erfolgsfaktoren der Bewegung antwortet Frau Rueß, dass ihrer Meinung nach die neue, niederschwellige sowie die direkte Ansprache ausschlaggebend hierfür seien. Für die Teilnahme an den Veranstaltungen gebe es keine Eintrittshürde, jeder können an den Terminen teilnehmen, ohne feste Verpflichtung. Zum Ende einer jeden Veranstaltung wird gemeinsam die Europahymne in drei Sprachen gesungen. Frau Rueß beschreibt dies als einen Moment des Abholens, das nicht auf „Kopfebene“ stattfinden würde, sondern ein Gefühl der Zusammengehörigkeit stiften soll. Zukünftig sollen die Veranstaltungen einmal im Monat stattfinden.

Frau Erler lobt den unschätzbaren Beitrag von Pulse of Europe. Sie ist sehr froh über den zivilgesellschaftlichen Einsatz, der auf solche Art und Weise politisch nicht herstellbar wäre. Sie gibt zu bedenken, dass es für die Bewegung eminent ist, sich zukünftig genau zu positionieren. Es solle eine Bewegung der BürgerInnen bleiben, die die Politik in Ihren Bemühungen unterstützt, aber Europa nicht (neu)definieren möchte. Nur dann, so ihre Einschätzung, wäre es möglich, dass sich Pulse of Europe auch langfristig etablieren kann.

Frau Erler betont die Wichtigkeit der europäischen Union. Es sei ein Europa der BürgerInnen, der Erasmus- und Friedensgeneration. Zur Stärkung des europäischen Gedankens soll es ab Mai in der Grenzregion zu Frankreich Dialogveranstaltungen mit ZufallsbürgerInnen geben. Hierbei gehe es zum einen darum, mit Grenzgängern in den Dialog treten und zu erfahren, was die Menschen an der Grenze bewegt und auch herauszuarbeiten, welche Struktur Europas aus Bürgersicht vorgeschlagen würde. Perspektivisch gehe es dann darum, anhand dieser Europadialoge eine Landesstrategie zu entwickeln, diese auch bundesweit in die Debatte mit einfließen zu lassen.

Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindetag Baden-Württemberg arbeitet sie derzeit auch daran, die Städtepartnerschaften neu zu beleben und kleine Europafeste zu feiern.

### ***Bürgerbeteiligung und Digitalisierung: Herausforderungen für die Zivilgesellschaft.***

#### ***Gesprächspartnerin: Dr. Natalia Jaekel, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg***

Dr. Natalia Jaekel vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg führt aus, dass die Digitalisierung für die Welt eine epochale Veränderung bedeute, die eingeschränkt kontrollierbar ist. «Das Internet ist das erste von Menschenhand erschaffene Ding, das der Mensch nicht versteht. Es ist das größte Experiment in Anarchie, das es jemals gab.» zitierte sie Eric Schmidt, CEO von Google. Mit dieser Komplexität seien sowohl Chancen als auch Ängste verbunden.

Innerhalb des Koalitionsvertrages ist Digitalisierung eines der Topthemen der Landesregierung. Die Wichtigkeit des Themas ermisst sich auch daran, dass die Landesregierung das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg eingerichtet hat. Die Aufgabe des Landes bestehe nun in erster Linie darin, das Thema in der Regierungsarbeit umzusetzen. Diesen Strategieprozess geht das Ministerium mit Workshops und Runden Tischen an. Die hieraus produzierten wesentlichen Ergebnisse zu den unterschiedlichen Unterthemen wie Bildung, Mobilität, Kommune und Wirtschaft sollen im Sommer dieses Jahres präsentiert werden.

Mit Blick auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft zum Thema Digitalisierung von Seiten der Politik führt Frau Erler aus, dass das Beteiligungsportal Baden-Württemberg hierin wegweisend sei, da Gesetzesentwürfe der Regierung online kommentiert werden können. Sie betont aber auch die Wichtigkeit der Kopplung von digitalen Strategien und der direkten Ansprache.

Des Weiteren erarbeitet sie derzeit mit dem Städtetag Baden-Württemberg und der Initiative K83 eine Wohnraumplattform, die ehrenamtliche Personen bei der Wohnungssuche für männliche alleinstehende Flüchtlinge unterstützen soll.

Auch betont sie die Ausweitung des Informationsfreiheitsgesetzes auf die Publikationspflicht der Gemeinde, das für die Zivilgesellschaft ein Mehr an Informationen bedeutet.

Frau Jaekel ergänzt, dass es mit Blick auf die Zivilgesellschaft von großer Bedeutung sei, diese für die Technik zu begeistern und zu sensibilisieren, denn ansonsten seien die besten ausgearbeiteten Strategien nutzlos. Hier sieht sie auch noch großen Nachholbedarf, beispielsweise in Bezug auf die Stadtportale. Hier wäre es beispielsweise eine gute Unterstützungsmöglichkeit der Zivilgesellschaft, wenn anhand einer Tabelle ersichtlich wäre, wie viele freie Kindergartenplätze in der Kommune noch zur Verfügung stehen.

**Bürgerbeteiligung und Populismus: Strategien gegen populistische Tendenzen.**

**Gesprächspartner: Dr. Rolf Frankenberger, Universität Tübingen**

Dr. Rolf Frankenberger von der Universität Tübingen führt aus, dass in der Wissenschaft mit Hinblick auf die Frage, ob Populismus als Gefahr für die Demokratie gelten kann, zwei Ideen vorherrschen: zum einen gelte Populismus als ein politisches (rhetorisches) Stilmittel und zum anderen als dünne Ideologie. Im ersten Fall gehe es vornehmlich darum, das Volk auf seine Seite zu ziehen, wodurch eine Gemeinschaftsform durch Abgrenzungsmechanismen geschaffen wird. Wenn in diesem Fall dann auch noch eine charismatische Führungsperson hinzukommt, kann eine neue Partei entstehen, was per se ungewöhnlich sei. Folglich ist nicht der einzelne Moment problematisch, jedoch der Zusammenschluss. Die zweite Idee gilt in der Wissenschaft durchaus als problematisch, da sie zu stark die Zusammenhänge vereinfacht, was Konflikte heraufbeschwört und antisemitische Tendenzen schüren kann.

Frau Erler erachtet es als äußerst wichtig, die Zivilgesellschaft darin zu unterstützen, gegen populistische Strömungen einzutreten. Sie sieht die Problematik, dass man Menschen mit allzu gefestigter Meinung nicht mit Argumenten allein begegnen kann. Um diesen Tendenzen früh zu entgegenen steht sie mit ZufallsbürgerInnen in Stadteildialogen in Mannheim und Pforzheim im Austausch. Dabei geht es darum zu erfahren, was die Menschen vor Ort bewegt, verärgert und auch was ihre Wünsche an die Politik sind. Dies sei zwar nicht die Lösung für das Thema per se, aber ein Ansatz die Grundproblematik: „die oberen Eliten nehmen die „einfachen Leute“/ die BürgerInnen nicht wahr“ aufzulösen.

Herr Dr. Frankenberger ergänzt, dass es eine gute Strategie sei die Ängste des Gegenübers wahr- und auch ernst zu nehmen und im Ernstfall eine streitbare Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch eine frühe politische Bildungsarbeit und eine starke und klare eigene Position im Gespräch zu beziehen. Strategien und Hilfestellungen im Umgang mit populistischer Gesprächsführung biete beispielsweise die Antonio Amadeu Stiftung an: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>.

→ Die Inhalte der einzelnen Themen-Workshops können Sie den beigefügten Anlagen entnehmen.

**Anlage 1: Bürgerbeteiligung und Europa: Erfahrungen aus der Zivilgesellschaft**

**Anlage 2: Digitalisierung und digitale Strategie der Landesregierung**

**Anlage 3: Bürgerbeteiligung und Populismus: Strategien gegen populistische Tendenzen**

**Anlage 4 + 5: Demokratischer Wirtschaften! Vorstellung einer Veranstaltungsidee der Gemeinwohlökonomie Stuttgart**

Informationsaustausch zu aktuellen Themen und Projekten der Beiratsmitglieder im Plenum

Allgemeine Informationen von den Beiratsmitgliedern:

Frau Diemer ist seit April die Nachfolgerin der Bereichsleiterin Frau Deiß im Referat „Bürgerschaftliches Engagement“ des Ministeriums für Soziales und Integration. Aus einer bundesweiten Arbeitsgruppe zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ bringt Frau Diemer Lob mit, da Baden-Württemberg in diesem Themenfeld sehr gut aufgestellt ist. Zudem teilt sie mit, dass ihr Fachbereich sich momentan u.a. mit der Weiterentwicklung der Engagement-Strategie befasst. Zudem plant der Fachbereich Vorort-Workshops im Land, um die Bedarfe im Bürgerschaftlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe abzufragen, um eine bedarfsorientierte Kontinuität zu verankern.

Frau Dr. Krieg vom LandFrauenverband Württemberg-Baden kündigt an, dass die Evaluation des Bildungszeit-Gesetzes ansteht, das im Juli 2015 in Kraft getreten ist. Sie befürchtet, dass die Evaluation zu früh angesetzt ist und die Ergebnisse zu einer Abschaffung des Gesetzes führen könnten. Darum äußert der Verband gegenüber dem Ministerium für Soziales und Integration die Bitte, dem Gesetz mehr Zeit zu geben, damit es weiter in die Fläche getragen werden kann und mehr Arbeitnehmer von diesem Gesetz Gebrauch machen können.

Frau Schade von ABS – Zentrum Selbstbestimmt Leben äußert den Wunsch, dass das in der Engagement-Strategie erarbeitete Konzept, um Menschen mit Behinderung eine Chance der Teilhabe zu ermöglichen, auch in die Praxis umgesetzt wird.

Frau Engelhart vom SPES e.V. stellt ihr Projekt „Conclusio“ vor, das im Rahmen des Programms „Vielfalt gefällt! Orte des Miteinanders“ gefördert wird. Conclusio ist ein Zeitbank-Modell, das die ehrenamtliche Arbeit von Geflüchteten erlaubt und befördert. Dieses Projekt wurde in Horgenzell als Modellprojekt eingeführt und trifft bereits auf großen Zuspruch, sowohl auf Seiten von Geflüchteten, von Nichtgeflüchteten sowie der Gemeinde vor Ort. Dieses Projekt soll auch in weiteren Kommunen eingeführt werden. Mit der Kommune Sulz ist SPES e.V. derzeit im Gespräch dazu. Frau Erler merkt an, dass dieses Projekt einen Schneeball-Effekt haben kann und das Interesse besteht, dass dieses Projekt fortgesetzt wird.

Mehr Demokratie e.V. möchte die Reform des Landtagswahlrechts vorantreiben, das auch im Koalitionsvertrag geschrieben ist. Hierbei möchte der Verein auf Druck von Zivilgesellschaft setzen, um die Reform voranzubringen. Zudem ist ein Ziel des Vereins „die direkte Demokratie“. Hierzu soll die Bürgerstrategie ausgebaut werden.

Eine Kommunalvertreterin äußert den Wunsch an die Landesregierung, dass diese die Beförderung der nachhaltigen Kommunalentwicklung vorantreiben möge. Das heißt konkret, dass das Wissen der Bürger genutzt werden solle, um den Leitbildprozess mit den Bürgern zu fördern. Dies hat den Effekt, dass die Zufriedenheit der Bürger steigt.

Ein Beiratsmitglied weist darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement einen wichtigen Mehrwert bringt. Denn auch selbstorganisierte Organisationen des Bürgerschaftlichen Engagements können viele nachhaltige Impulse in der Zivilgesellschaft setzen.

Zudem wird berichtet, dass im ländlichen Raum die Digitalisierung eine große Rolle spiele. Hier sind die regionalen Medien sehr aktiv und zeigen großes Interesse an der Berichterstattung über die Arbeit von selbstorganisierten bürgerschaftlich Engagierten.

Anstehende Veranstaltungen:

Frau Schade teilt mit, dass die ABS – Zentrum Selbstbestimmt ein Fachgespräch zum Thema zwischen Menschen mit Behinderung und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte plant.

Themenwünsche für die nächste Beiratssitzung:

- Beförderung der nachhaltigen Kommunalentwicklung
- Bürgerbeteiligung und Sport
- Transition-Town-Bewegung/Projekte

Öffentlichkeitsarbeit der Arbeit des Beirats

Frau Dr. Freudenberger weist die Mitglieder darauf hin, dass die Arbeit des Beirats in die Öffentlichkeit getragen werden soll. Dazu werden die Ergebnisse und Bilder der aktuellen Beiratssitzung auf der Homepage des Beteiligungsportals und der Homepage der Allianz für Beteiligung veröffentlicht.

